

In den vorherbezeichneten Fällen kann sich sogar alsbald bei den Wahlen herausstellen, daß das Volk von den Erwählten der Minderzahl beherrscht wird. Man nehme an, daß von den 100000 Männern, 66000 für ja sind, 34000 für nein. Nun seien von den Ersteren in 48 Wahlbezirken, 48000 einstimmig, so ergeben sich 48 Deputirte für ja. Die übrigen 18000 Männer seien dagegen den 34000 Verneinenden in den übrigen 52 Wahlbezirken so beigemischt, daß sie überall die Minderzahl bilden, dann erhält man 52 Deputirte für nein. In diesem Falle müssen sich die zwei Theile des stimmberechtigten Volkes, welche das Ja gewollt, dem einen Theile, welcher nein sagt, unterordnen! Noch grellere Ergebnisse stellen sich unter solchen Umständen dann heraus, wenn ein indirectes Wahlssystem für die Deputirtenwahlen maßgebend ist.

Fehlt es hiernach im Volke, selbst auch nur an einem künstlichen Gemein- und Gesamtwillen, giebt es also im Volke keinen allgemeinen Willen, so kann noch weniger von einer Herrschaft, Ober- und Selbstherrlichkeit desselben, von einer Volkssouveränität die Rede sein, denn Herrschaft bedeutet eben nichts, als ein zur Geltung gebrachter Wille. Hieraus ergiebt sich weiter, daß aus der s. g. Volkssouveränität nichts herzuleiten ist, in Betreff der Machtbefugnisse der königlichen Gewalt, angenommen selbst, jedoch durchaus nicht zugegeben, daß der Träger dieser Gewalt etwas vom Volke verschiedenes, und in demselben nicht eingegriffen sei.

Fortsetzung folgt.

### A m t l i c h e s .

Die Eröffnung der durch das königliche Patent vom 5. December v. J. zum 26. d. M. zusammenberufenen Kammern wird an dem gedachten Tage Vormittags 11 Uhr im Weißen Saale des hiesigen königlichen Schlosses stattfinden. — Die Herren Abgeordneten werden hiervon mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß ihnen am 24. und 25. von 8 Uhr Morgens bis Abends 8 Uhr und in den Morgenstunden des 26. d. M. in dem provisorischen Bureau jede der beiden Kammern (für die erste Kammer hinter der katholischen Kirche No. 1, für die zweite Kammer in der Leipziger Straße No. 55), gegen Vorzeigung der zur vorläufigen Legitimation dienenden Schreiben der Wahlcommissarien, durch welche sie von der auf sie gefallenen Wahl benachrichtigt wurden, Eintrittskarten werden ausgehändigt werden.

Berlin, den 16. Februar 1849.

Der Minister des Innern, v. Manteuffel.

Verordnung, betreffend die Beschaffung von 5,250,000 Fl. (3,000,000 Thlr.) für die deutsche Marine.

Der Reichsverweser, in weiterer Ausführung des Beschlusses der Reichs-Versammlung vom 14. Juni v. J., verordnet wie folgt: § 1. Zum Zwecke der Begründung eines Anfanges für die deutsche Marine soll nunmehr auch die zweite Hälfte der von der Reichs-Versammlung bewilligten Summe von sechs Millionen Thlrn. mit fünf Millionen zweihundert fünfzigtausend Gulden (drei Millionen Thalern) mittels Umlage nach der bestehenden Bundesmatrikel verfügbar gemacht werden. § 2. Das Reichs-Ministerium der Finanzen ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt. — Frankfurt, 12. Febr. 1849.

Der Reichsverweser: Erzherzog Johann.

Der Reichs-Minister der Finanzen: v. Beckerath.

Dann folgt im „Reichs-Gesetzblatte“ eine weitere Bekanntmachung des Reichs-Ministeriums der Finanzen, betreffend die Vertheilung der obigen, für die deutsche Marine verfügbar zu machenden Summe auf die einzelnen Staaten.

### D e u t s c h l a n d .

§ Paderborn, 20. Febr. (Abends 7 Uhr). So eben kehrt unser Abgeordneter zur 2ten Kammer Hr. Referendar Franz Böher von Münster zurück.

+ Münster, 18. Febr. Gestern Nachmittag gegen 4 Uhr starb hier nach langem und schwerem Leiden Se. Königl. Hoh. der Prinz Waldemar von Preußen. Der Verbliebene ward am 2. Aug. 1817 in Berlin geboren, ist mithin nicht völlig 32 Jahre alt geworden. Anspruchslosigkeit und Herzengüte waren ihm eigen, und verlieren Hülfbedürftige in ihm einen Beschützer. Sanft ruhe seine Asche!

Berlin, 17. Febr. Auf Veranlassung des Staatsministeriums hat der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten den Vorständen der verschiedenen Religionsgesellschaften empfohlen, dafür Sorge zu tragen, daß am Tage vor der Eröffnung der Kammern, Sonntag den 25. d. M., in allen Kirchen des Landes dieses für das gesammte Vaterland so wichtigen Ereignisses in angemessener Weise gedacht, auch an diesem Tage, so wie für die Dauer der Kammern, in das allgemeine Kirchengebet eine besondere Fürbitte für den göttlichen Segen und das Gedeihen ihrer Arbeiten aufgenommen werde.

Preuß. St.-M.

Berlin, 16. Febr. Unter unserer Demokratie geht das für sie sehr niedererschlagende Gerücht, die Regierung werde aus freier Entschließung eine offizielle Feier des 18. März veranstalten. Oder ob sie durch dieses selbsterfundene Gerücht neuen Zündstoff für diesen Tag in das Volk werfen will? — Wie man mehrfach hört, so ist der Berliner Gewerbestand durch die Wahl Dannerbergers in die erste Kammer nicht so ganz befriedigt, da er allerdings, wie schon die Empfehlung Beuths beweist, reiche praktische Erfahrungen und Kenntnisse, aber zu wenig parlamentarische Tüchtigkeit besitzen soll. — Im Finanz-Ministerio finden gegenwärtig Verhandlungen über das den Kammern vorzulegende neue Grundsteuergesetz statt, und sind die in diesem Ressort arbeitenden Dirigenten der verschiedenen Provinzen und sonstige Celebritäten von Fach einberufen worden.

— Die Gesetze über die neue Organisation des Gerichtswesens rufen bei den durch dieselben betroffenen Patrimonial-Richtern lebhaften Widerspruch hervor. Eine ganze Anzahl von diesen sind entschlossen, sich zu einem bei den Kammern zu erhebenden Protest zu einigen.

— Ueber die Eröffnung der Kammern können wir noch folgende Details mittheilen: Dieselbe wird in vereiniger Sitzung im weißen Saale des Schlosses durch Sr. Maj. den König mit einer Thronrede erfolgen. Am 27. findet keine Sitzung statt, am 28. werden beide Kammern ihre besondere Constituierung in den neu erbauten Lokalen beginnen.

Frankfurt, 16. Febr. Gestern Abend war hier eine große Bewegung in den Casernen. Das Gerücht hatte sich verbreitet, es sollten die Kanonen vernagelt werden; sie wurden deshalb von den öffentlichen Plätzen in verschlossene Räume gebracht. Um 10 Uhr waren mehrere Straßen gesperrt und besonders der Goetheplatz (die Allee), wo jetzt die Pferdeställe der Cavallerie sich befinden. Rh. u. M.-Z.

Frankfurt, 13. Febr. An der gestern Abend stattgehabten Temme-Feier, im Lokale des „Montagskränzchens“ nahmen nahe an tausend Personen Theil. Etwa hundert Mitglieder der Linken der Reichs-Versammlung waren zugegen; eine Reihe ihrer tüchtigsten Redner hielt Vorträge; die Rede Temme's selbst sprach nicht sehr an; Temme ist kein Redner, der in der Paulskirche glänzen könnte. R. R.

Wien, 13. Februar. Es ist nun gewiß, daß Wien vier große Castelle erhält, welche so angelegt sein werden, daß sie die Stadt mit ihren Kanonen beherrschen können. Das eine und größte wird auf dem Lagerberge zu stehen kommen; in seinen bombenfesten Wölbungen werden großartige Waffen-Magazine angelegt werden, da man durchaus nicht mehr gesonnen ist, irgend ein bedeutendes Waffen-Depot im Innern der Stadt zu lassen; das ganze Gebäude soll eine solche Ausdehnung erhalten, daß es 8000 Mann Besatzung beherbergen kann. R. Z.

Stuttgart, 14. Februar. Heute wurde der Antrag des Abgeordneten Reyscher nach einer bis halb drei Uhr währenden Debatte mit 61 gegen 12 Stimmen mit einigen Modificationen angenommen. Gegen denselben stimmten mehrere Abgeordneten bloß deshalb, weil er ihnen nicht scharf genug erschien; er lautet: „Die Kammern mögen beschließen, 1) daß sie nur in der festen Vereinigung aller, auch der österreichisch-deutschen Brüderstämme zu einem verfassungsmäßig gegliederten Bundesstaat die Einheit des Gesamtvaterlandes und die Freiheit und Wohlfahrt der einzelnen Stämme gesichert halten; 2) daß die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein der vom Volke gewählten deutschen National-Versammlung zu überlassen sei; 3) daß die Kammer das Vertrauen zu der National-Versammlung hege, sie werde, unbeirrt durch die entgegenstehenden Erklärung einzelner Regierungen, das große Werk der National-Einigung auf dem betretenen Wege zum Ziele führen.“

Hamburg, 15. Februar. Von verschiedenen Seiten hören wir, daß eine Anfrage des Reichs-Kriegs-Ministeriums nach Schleswig-Holstein gelangt ist, ob man dort, gegen Erstattung der Verpflegungskosten, eine Truppenzahl von 100,000 Mann unterzubringen im Stande sein würde. Die Antwort sei eine bejahende gewesen, und man könne nun, falls am 26. Februar, worauf verschiedene Anzeichen schließen lassen, wirklich eine Kündigung des Waffenstillstandes dänischerseits erfolge, daß sofortige Einrückung einer starken Reichs-Armee in die Herzogthümer erwarten. — Zum Schutze der Küsten wird für alle Fälle Geschütz schweren Calibers abwärts spedirt werden, und